

Calmer Calwblatt

Nr. 276.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang

Verlagspreis: In der Stadt mit Zustellung 1/2 Mk. vierteljährlich, 1/2 Mk. vierteljährlich, 1/2 Mk. vierteljährlich, 1/2 Mk. vierteljährlich.

Freitag, den 25. November 1921.

Verlagspreis: In der Stadt mit Zustellung 1/2 Mk. vierteljährlich, 1/2 Mk. vierteljährlich, 1/2 Mk. vierteljährlich, 1/2 Mk. vierteljährlich.

Neueste Nachrichten.

Nachdem die deutsch-polnischen Verhandlungen zur Durchführung des Vertrags über Oberschlesien in Genuß gekommen sind, hat die interalliierte Kommission das Einreiseverbot für die deutschen Bevollmächtigten nach Oberschlesien zurückgenommen.

Der Sonderausschuß des Bundes der christlichen Industriellen schlägt bedeutende Veränderungen an den bisherigen Reparationsbestimmungen vor. Es sollen vor allem Forderungen an die deutsche Industrie an Stelle der augenblicklichen Verbindlichkeiten Deutschlands gegenüber der Entente treten.

Das neue japanische Ministerium hat sein außenpolitisches Programm bekannt gegeben: Herabsetzung der Flotte, Aufgabe des englisch-japanischen Bündnisses und Beibehaltung des gegenwärtigen Zustands der Befestigungen und Flottenstützpunkte im Stillen Ozean.

Der englische Außenminister, Lord Curzon, hat in einer Rede in London sich sehr gegen die derzeitige Politik Frankreichs gegenüber Deutschland ausgesprochen.

Die Durchführung des Vertrags von Genf-Paris. Die Verhandlungen in Genf.

Genf, 24. Nov. Die deutsch-polnische Konferenz hielt heute nachmittags eine sehr lange Sitzung ab, die über vier Stunden dauerte. Sie wird auch morgen ihre Beratungen fortsetzen. Am Schluß der heutigen Verhandlungen wurde folgende amtliche Mitteilung ausgesprochen: Im Laufe der heutigen Sitzung gelangten der Präsident und die beiden Abgeordneten zu völliger Einigung über das Verhandlungsverfahren der Konferenz. Das Sekretariat des Präsidenten wurde beauftragt, den endgültigen Text zu revidieren. Die Sitzung führte zu einer Generaldebatte über die maßgebenden großen Gesichtspunkte. Der deutsche Bevollmächtigte, Reichsminister a. D. Schiffer, gab in einer längeren Rede die Richtlinien der deutschen Auffassung wieder. Er wies vornehmlich auf die oberste Aufgabe hin und betonte, daß es notwendig sei, sich nicht nur auf die finanziellen und wirtschaftlichen Fragen einzustellen, sondern auch den geistigen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen. Nicht materiell, sondern auch seelisch müsse das Volk befriedigt werden. Die moderne Auffassung, welche die Verwirklichung der Seele des Arbeiters fordere, könne nicht außer Acht gelassen werden. Oberste Aufgabe sei es, die Verwirklichung der Seele des Arbeiters zu fördern. — Nach der allgemeinen Ansprache erörterte die Konferenz die Grundlinien des Arbeitsplans, die in der morgigen Sitzung ihre endgültige Form erhalten soll. Die Verteilung des Arbeitsstoffs auf die Unterkommissionen im Sinne der Note ist nunmehr beschlossen. Man nimmt an, daß die Unterkommissionen ihre Tätigkeit am 9. Dezember beginnen werden. Die Ortsfrage ist noch nicht vollständig geklärt. — Das „Journal de Genève“ erzählt, daß die Kommissionen in Oberschlesien selbst arbeiten sollen, was natürlich sachlich das Zweckmäßigste wäre, jedoch man eigentlich kaum Widerspruch gegen eine solche Lösung erwarten kann. Ueber die Dauer der gesamten Verhandlungen ist nichts Genaues bekannt. Es heißt, daß sie Ende Januar oder Anfangs Februar beendet sein werden. Die gegenwärtigen Genfer Besprechungen dürften noch den morgigen Tag in Anspruch nehmen, vielleucht auch noch den Samstag. Auf jeden Fall ist das Bestreben des Präsidenten und der Delegierten auf große Beschleunigung und rasche Arbeit im Rahmen der Note gerichtet. Die heutige Verhandlung nahm einen glatten und befriedigenden Verlauf. In der umfänglichen Leitung des Präsidenten Calonder ergab sich in der Erörterung wichtiger Fragen eine einmütige Stellungnahme. Die Beratungen blieben allerdings bisher vorläufig, da alle materiellen Verhandlungen vor die Ausschüsse gelangen sollen, sobald sich verständlich ausspricht auf das künftige Ergebnis der Konferenz hinreichend verfaßt wären.

Einreiseverbot für die deutschen Bevollmächtigten nach Oberschlesien.

Genf, 24. Nov. Wie wir hören, hat die interalliierte Kommission den deutschen Bevollmächtigten mitgeteilt, daß sie in Zukunft die Einreiseverbot für bevollmächtigte Vertreter der deutschen Regierung nicht mehr verhängen werde, die zum Zweck der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen in Oberschlesien Erkundigungen einziehen wollen. Die interalliierte Kommission macht geltend, daß die früheren Verbote jetzt, da die Genfer Verhandlungen begonnen hätten, nicht mehr bestünden. Wie wir weiter hören, ist einem Einreisegebot des Generalverwalters für die Wirtschaftsfragen, Reichsminister a. D. v. Naumer, nachgegeben worden.

Die Weltkonferenz von Washington. Das Programm des neuen japanischen Ministeriums und die Washingtoner Konferenz.

Paris, 24. Nov. Nach dem Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune“ in Tokio besteht das Programm des neuen japanischen Ministeriums aus folgenden Punkten: 1.) Herabsetzung der japanischen Flotte auf 70 Proz. der amerikanischen und englischen, 2.) Aufgabe des englisch-japanischen Bündnisses ohne ein dreiseitiges Abkommen im Stillen Ozean zu verlangen; die Initiative bei der Aufhebung des englisch-japanischen Bündnisses soll jedoch von England ausgehen. 3.) Status quo hinsichtlich der Befestigungen und Flottenstützpunkte im Stillen Ozean.

Der „Manchester Guardian“ gegen Frankreich. London, 23. Nov. Der Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ auf der Washingtoner Konferenz schreibt, die Rede Briands sei eine Aufreizung aller Nachbarn Frankreichs, ihre Rufeungen so schnell wie möglich zu vernähren. Die Rede sei eingegeben von dem alten rachsüchtigen Haß gegen Deutschland. — In einem Leitartikel schreibt „Manchester Guardian“, wenn Deutschland, entwarfint und banerrot, für Frankreich immer noch ein Alptrud sei, so sei es dies wohl, weil Frankreich nicht verhehe und nicht einmal verachtet habe, eine moralische Abrüstung zustande zu bringen, die es wüchtige und die Deutschland, wenn verhandelt würde, nur zu bereit wäre, zu gewahren.

Die U-Boot-Frage. New York, 23. Nov. Die „New York World“ aus Washington meldet, erklärte Briand, die von England vorgeschlagene Beschränkung der Unterseeboote sei für Frankreich unannehmbar. Briand habe ferner in Abrede gestellt, daß er für Frankreich die gleiche Flottenstärke wie sie Japan wünsche, verlangt habe. Die Schweizer Presse zu Briands Rede.

Bern, 23. Nov. Zur Rede Briands in Washington schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“: Es berührt bestreudend, wenn Briand wieder behauptet, Frankreich tue alles, um der demokratischen deutschen Regierung ihre schwere Aufgabe zu erleichtern. Wäre dies wirklich der Fall, so gäbe es am Rhein längst keine militärischen Sanktionen mehr, die dem französischen Prestige im Urteil der Welt unendlich mehr schaden, als sie der militärischen Sicherheit Frankreichs nützen. Mit den den Chauvinisten im eigenen Lande mutig abgerungenen Verzicht auf überflüssig gewordene Schiffe könnte Briand die Stellung Wirts vor dem deutschen Volke jedenfalls wirksamer stärken, als durch bloße Verneinung seiner guten Absichten. Hier muß Frankreich einmal zu freiwilligen Taten übergehen, dann erst wird es den kriegerischen Geist im deutschen Volke entwaffnen. In dem Valerier Vörsenbericht der „Nationalzeitung“ heißt es: Die Rede Briands erhielt am Dienstag eine sehr berechtigte Antwort in dem starken Rückgang der französischen Valuta, der einen ganzen Punkt beträgt.

Die Abrüstung zu Lande. London, 24. Nov. Eine Neuauflage aus Washington besagt, es scheint, daß auf der gestrigen Gehelmsitzung der fünf Großmächte zur Erörterung der Landabrüstungen keine der Mächte irgend einen Vorschlag unterbreitete, der als eine konkrete Erklärung zu Gunsten der französischen Haltung gegenüber der Frage der Herabsetzung der Heeresstärke angesehen werden könne.

London, 24. Nov. Der Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ auf der Washingtoner Konferenz meldet, Briands eigentlicher Beitrag zur Washingtoner Konferenz sei gewesen, daß er jede Aussicht auf eine Verminderung der bestehenden Heere in Europa oder anderswo gestört habe. England sei über die Rede Briands äußerst enttäuscht. Deutschland sei heute wirksam entwaffnet und habe weder Geschütze noch Ausrüstungen, um nur im Traum daran zu denken, Frankreich anzugreifen.

Schlusspanache Briands. Washington, 24. Nov. (Havas) Am Schluß der gestrigen Session von den fünf Großmächten abgehaltenen Sitzung erklärte Briand, er sei sicher, daß der Austausch freundschaftlicher Meinungen, der von der ganzen Welt stattgefunden habe, Europa auf dem Wege zum Frieden einen großen Schritt vorwärts gebracht habe. Die Konferenz habe in der Tat moralische Wirkung gehabt, ohne die es sehr schwer wäre, entscheidende Arbeit zu leisten. Nunmehr würden Regierung und Parlament in Frankreich an die Prüfung des militärischen Problems herantreten, wie es sich nach dem Kriege darstelle. Sie würden an dieses Problem herantreten mit dem Wunsch, zum höchsten Maß der möglichen Verminderung der militärischen

Kräfte zu gelangen. Die Dienstzeit werde voraussichtlich auf die Hälfte gekürzt werden. Zahl der in Washington gesprochenen Worte werde die Entscheidung in einer Atmosphäre der Sicherheit getroffen werden. Briand fügte hinzu, er reise ohne Arg, da er seinen Platz in Wien überlassen könne.

Eine Rede des englischen Außenministers.

Gegen die französische Kriegspolitik und für den Frieden zwischen Griechenland und der Türkei.

London, 24. Nov. Der britische Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Curzon, richtete in einer heute nachmittags in der City gehaltenen Rede eine Warnung an Frankreich. Er erklärte, die einzige Gewähr für die Wiederherstellung des Friedens sei nicht die alte Idee von der glänzenden Isolierung irgend einer Macht, sondern die harmonische fruchtbringende Zusammenarbeit aller Mächte. Der Friede werde niemals erzielt werden, wenn eine Macht veruche, einer anderen Macht zuvorzukommen und auf ihre Rechnung ein Uebereinkommen abzuschließen. Wenn Frankreich eine isolierte und besondere Politik verfolge, so würde es auf die Dauer nicht Deutschland Schaden zufügen, sondern sich selbst. Lord Curzon sagte, die wirkliche Stärke und der wirkliche Schutz Frankreichs beständen nicht in der Stärke seiner Waffen, sie beständen in dem unerhöplichen Geiste seines Volkes. Sie beständen nicht einmal in der Berechtigung seiner Forderungen sondern sie beständen in der Tatsache, daß das Gewissen der Welt, und zwar die zusammengesetzten physischen Kräfte der Welt — und hier schließe er die Großmächte Europas und die Vereinigten Staaten ein — die Wiederkehr einer großen und gefährlichen Macht im Herzen Europas, die fortwährend mit dem Schwerte in der Scheide stünde, zur Bedrohung des Friedens der Welt nicht dulden werde. Wir werden, sagte Curzon, Deutschland in ein friedliches Mitglied des internationalen europäischen Hofes nur umbilden, wenn die Großmächte sich vereinigen, nicht nur um den Friedensvertrag zu erzwingen, sondern um es klar zu machen, daß keine Politik der Wiederherstellung oder Rache von ihnen gebilligt werden wird und daß sie Deutschland beistehen werden, seine Rolle zu spielen, vorausgesetzt, daß es Aufrichtigkeit an den Tag legt — Bezugsnehmend auf die türkisch-griechischen Feindseligkeiten erklärte Curzon, es sei viel richtiger, daß seine der Parteien gewinne und daß der Friede zustandekäme. Das liege im Interesse beider Parteien und sei wichtig für Großbritannien. England habe, trotzdem es gegen die Türken kämpfe, keinen dauernden Streit mit der mohammedanischen Rasse. Wenn man nur den Argwohn lösen könnte, der zwischen Türken und Griechen herrsche, so werde man sie überreden können, daß für beide Völk im nahen Osten vorhanden sei. Diese Hoffnungen könnten sich jedoch nur erfüllen, wenn man diese Fragen anfasse mit einer gemeinsamen Politik, einem gemeinsamen Ziel und einem gemeinsamen Plan. Curzon erklärte außerdem, es sei zwecklos, die Rüstungen zur See zu vermindern, wenn man weiterhin beachtliche, große Rüstungen zu Lande aufzubäuen. England könne nicht Verpflichtungen auf sich nehmen, wenn andere dies nicht täten.

Die britische Industrie und die deutschen Wiedergutmachungen.

London, 24. Nov. Aus der Denkschrift des Sonderausschusses des Bundes britischer Industrieller ist noch hervorzuheben, daß sie für eine Verteilung der Reparationszahlungen über einen weit längeren Zeitraum eintritt, als wie gegenwärtig vorgesehen ist. Die Denkschrift schlägt eine Revision des Reparationsabkommens auf folgender Grundlage vor: 1.) Stellung von Forderungen an die deutsche Industrie anstelle der augenblicklichen Verbindlichkeiten Deutschlands gegenüber den Entente-regierungen. 2.) Schärfere Umgrenzung der Klassen der deutscherseits zu liefernden Waren und Arbeiten, um soweit als möglich eine Schädigung der alliierten Industrien zu vermeiden. Zu Punkt 1.) wird ausgeführt, es könnten beispielsweise alle deutschen industrielle Unternehmungen angewiesen werden, eine besondere Klasse von Vorzugarbeiten zu schaffen und die Grundbesitzer könnten angewiesen werden, erste Forderungen bis zu einem festgesetzten Verhältnis des Wertes ihres Besitzes zu übernehmen. Dringliche Hypotheken oder Vorzugsaktien sollten geschaffen werden für Unternehmen wie deutsche Eisenbahnen, Kanäle, Schiffahrtlinien usw. und möglicherweise sogar für die deutschen Banken und Großhandelsunternehmungen. Diese Sicherheiten sollten dann von der deutschen Regierung den alliierten Regierungen ausgehändigt werden, die sie, wenn sie es wünschten, Privatpersonen veräußern könnten. Die vorgeschlagene Maßnahme würde den Alliierten eine gewisse Kontrolle über die deutschen Industrien und damit über den deutschen Handel geben. Deutschland könne den

erbetreibende, te!
er, abends 8 Uhr findet
Benzell
Lamm“ ein
ortrag
esege
Buchführung“
aus München.
Eintritt frei!
Calw des
Jugendbundes“
ntag, nachmittags
in Calw eine
Feier,
us
Deklamationen.
geleitete Männer und
Frauen freien Zutritt.
handte, Freunde und
istag, 26. November
sfeier
in Hirsau freud-
Baker, Hirsau.
Erntmühl.
Hirsau.
harmontas
nächsten Monat mit über-
doppeltten Preis. Wie
sien aber wegen allzu
Borrat weit unter dem
Preis
ruder Hobnlofer
er Harmonika-Virtuosen
M Bergstraße 27
neue Bälge innerhalb 2
Landsändige gebraucht
neue umgetauscht werden
e
hagen, Reh,
Marder,
en Felle
sten Preisen an.
r, Pforzheim
enist. 52, Fernspr. 1501
Ratten! Mäuse!
et unheilbar, Acker ohn-
haben bei Kullisier
Kisowsky, Rute-Drog.
Oberkollbach,
Einen Wurf reine, an's
essen gewöhnte
Misch-Schweine
kauft am Samstag, den
November von 1 Uhr ab
Christian Kusterer.

Allerlei Kisten: Stoffe, die die Industrie oder Landwirtschaft in den alliierten Ländern förderten, beispielsweise Kalk, Holz und Kohlen. Außerdem könne der tatsächliche Wiederaufbau des zerstörten Gebiets Deutschland überlassen werden, ferner die Ausführung von Bauwerken in den alliierten Ländern oder in anderen Ländern unter alliierter Leitung. Beispielsweise könne Deutschland die Wiederherstellung der Eisenbahnen und anderer Verbindungswege in Europa und möglicherweise auch in Rußland übertragen werden. Dadurch würde auch der deutsche Handel von Plagen abgelenkt, die vorwiegend Märkte Englands seien. Deutschland könne außerdem Konstruktionen vornehmen, die sonst nicht rentabel unternommen werden könnten, so Eisenbahnen, Häfen usw. in Amerika, Südamerika oder Asien. — Die Durchführung dieser Vorschläge würde eine Aenderung des Friedensvertrags unter Mitwirkung Deutschlands in sich schließen. Wenn durch ein solches Uebereinkommen eine dauernde Ermäßigung der alliierten Forderungen an Deutschland eintrete, so wäre die notwendige Verzichtsleistung gerechtfertigt, wenn sie zu einer rascheren Rückkehr der Welt zu annehmbaren Verhältnissen beitrüge. Jeder derartige Ausgleich müsse aber unter der nachdrücklichen Bedingung geschehen, daß die deutschen Finanzen in Ordnung gehalten und Deutschlands Verpflichtungen aufrecht erhalten würden, welche die fortgesetzte Inflation und die daraus folgende Entwertung der Mark unmöglich machten. Wenn Deutschland veranlaßt werden könnte, seine Staatsfinanzen auf eine sichere Grundlage zu stellen, so würden die deutschen industriellen Sicherheiten, die erst als Reparationszahlungen ausgedient werden sollen, ohne Zweifel bereitwillig Käufer finden, jedoch etwaige Einwände derjenigen Alliierten, die dringend baldiger Zahlung bedürften, dadurch hinfällig werden würden.

Die Frage der Erfüllung der Reparationen.

Vom Reichskabinett.

Berlin, 25. Nov. Das Reichskabinett hat sich gestern Abend, dem „Vorwärts“ zufolge, mit der Erledigung der Reparationsverpflichtungen beschäftigt. Weiter bewilligte das Kabinett eine Zuschußleistung von 100 Millionen Mark an die Quäntifizierung für bedürftige deutsche Kinder und Frauen. Schließlich wurde eine Notstandsaktion zur Milchversorgung der Städte und weitere Maßnahmen zur Bekämpfung des Lebensmittelwuchers beraten. Diese Fragen sollen am Sonnabend nochmals mit der preussischen Regierung besprochen werden.

Dem Blatt zufolge steht aber heute schon fest, daß die Notstandsaktion zur Milchversorgung durchgeführt und daß in den nächsten Tagen neue Maßnahmen zur Bekämpfung des Wuchers bekanntgegeben werden.

Die ewige Angst und Hege Frankreichs.

Paris, 25. Nov. In der gestrigen Kammer Sitzung hat nach Beendigung der Finanzdebatte das Ministerium eine Tagesordnung Jaac angenommen, in der von der Regierung verlangt wird, über die strikte Ausführung der Verpflichtungen Deutschlands zu wachen und etwa nötige Maßnahmen zur Wahrung der Glaubwürdigkeit Frankreichs vorzunehmen, ferner vom Lande keine neuen Steuern zu verlangen, bevor nicht das größtmögliche Ergebnis derjenigen Steuern erzielt ist, die bereits bestehen. Des Weiteren verlangt die Tagesordnung, daß der Notenumlauf nicht vermehrt, daß die öffentlichen Ausgaben auf das notwendigste beschränkt, daß die Anzahl der Beamten auf den Stand von 1914 zurückgeführt und daß alle Maßnahmen getroffen werden, um die wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs und seiner Kolonien zu fördern. Schließlich wird auch noch die Umgestaltung der Staatsmonopole gefordert und der Regierung das Vertrauen ausgesprochen. — Die Priorität der Tagesordnung Jaac wurde mit 350 gegen 197 Stimmen angenommen, der sachliche Inhalt der Tagesordnung mit 347 gegen 180 Stimmen. Mit 398 gegen 172 Stimmen wurde der letzte Absatz der Tagesordnung, der jeden Zusatz ablehnt, angenommen. Die Tagesordnung Jaac wurde insgesamt mit 347 gegen 180 Stimmen angenommen.

Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mit deutschem Material und deutschen Arbeitern.

Paris, 24. Nov. Nach einer Sonntags-Meldung wurde der Arbeitsausschuß für die zerstörten Gebiete heute von Loucheur empfangen. Doucedame, Generalkontrakt des Seinedepartements, gab eine Vorlesung der hauptsächlichsten Forderungen der „Notenkomitee“. Er wies besonders darauf hin, daß nach Meinung der Geschädigten der Wiederaufbau unter deutscher Mitwirkung ihren Bedürfnissen angepaßt sein müsse und daß bereits 84 Prozent der Geschädigten sich für den Wiederaufbau mit deutschem Material und deutscher Arbeitskraft ausgesprochen hätten. Doucedame schloß mit dem Ersuchen, die Regierung möge offiziell der geschädigten Bevölkerung bekannt geben, daß der Wiederaufbau nicht ohne deutsche Arbeit ins Auge gefaßt werden könne. — Loucheur sprach sich für den Wiederaufbau unter deutscher Mitwirkung unter der doppelten Voraussetzung aus, daß sie von den Geschädigten gefordert würde und daß die deutsche Regierung unter Bedingungen zustimme, die für die französischen Finanzen von deutlichem Vorteil seien.

Stinnes' Londoner Reise.

London, 24. Nov. Hugo Stinnes hat (nach dem Stuttg. Tagbl.) in London mit einflussreichen Finanzleuten verhandelt und politischen Persönlichkeiten seine Ansichten über die Wiedergutmachungsfragen und die Finanzlage Deutschlands sowie die Industriekrise Englands und Amerikas dargelegt. Er untersucht, laut „Daily Herald“ die Möglichkeit der Aufnahme einer englisch-amerikanischen Anleihe für die Wiedergutmachungen Deutschlands, die mit den deutschen Bahnen garantiert würden. Für diesen Zweck müßten die Reichseisenbahnen mit dem Post- und Telegraphenverkehr der Privatindustrie verpackt werden, um den deutschen Industriekredit für die Wiedergutmachungen zu mobilisieren. Zudem müßten alle Industrien vor der Verstaatlichung geschützt werden. Wenn Stinnes die Zustimmung der englischen Kreise erlange, so würde Reichs-

kanzler diesen Beschluß überträgt wurde. Gleichzeitig habe er seine politischen Bedenken hervorgehoben. In Vollzug dieses Beschlusses werde nun das Reichsjustizministerium an die bayerische Regierung herantreten. Bis dahin müsse die bayerische Regierung sich ihre Stellungnahme zu den aufgerollten Rechtsfragen vorbehalten. Sollte in dieser Richtung eine Einigung über etwaige Meinungsverschiedenheiten zwischen der bayerischen Regierung und der Reichsregierung nicht zu erzielen sein, so würde hierüber der Staatsgerichtshof zu entscheiden haben. Solange habe auf alle Fälle jede Unteruchungstätigkeit des Untersuchungsausschusses in Bayern zu unterbleiben. In politischer Beziehung, erklärte der Ministerpräsident, müsse der Beschluß mit Recht von neuem eine tiefe Beunruhigung in Bayern hervorrufen und zwar umso mehr, als die Vorgänge nicht von der Hand zu weisen sei, daß er den gegenwärtigen Wählerkreisen instabiler Elemente im ganzen Reiche Vorstoß leisten werde. Er, der Ministerpräsident, habe daher auch schon am Tage vor dem Beschluß des Untersuchungsausschusses die bayerische Gesandtschaft in Berlin vorstelliglich erücht, sowohl den Reichskanzler wie den Reichsjustizminister im Auftrage der bayerischen Regierung vor einer Ausdehnung der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses auf Bayern dringend zu warnen.

München, 23. Nov. Zum Schluß der Besprechung des Staatshaushaltsausschusses des bayerischen Landtags über den Beschluß des Reichstagsausschusses hinsichtlich der Kontrolle der Festungsgelagerten-Anstalt Niederschönfeld erklärt der Vorsitzende Held, die Mehrheit des Hauses stehe auf dem Standpunkt, daß sich der Landtag in seinen Rechten auf das schwerste gefährdet sehe. Was die Rechtslage angehe, so sei die überwiegende Mehrheit des Hauses der Meinung, daß der Beschluß des Reichstagsausschusses in der Weimarer Verfassung keine Grundlage habe.

Am die Entstaatlichung der Eisenbahnen.
Berlin, 25. Nov. Der Großindustrielle Direktor Krüger erklärte gestern in einer Rede, die er im Verein der Berliner Kaufleute über das Kreditangebot der deutschen Industrie hielt, daß schon in den nächsten Tagen ein Reichseisenbahn-Finanzgesetz veröffentlicht werde, in dem die Basisierung der Eisenbahnen aus dem Reichselast vorgegeben sei. Gleichzeitig werde ein Dienstgesetz erlassen werden, das mit der bisherigen Dienstregelung und der schematischen Auffassung des Achthunderttages aufträmen werde.

Rußland.
Finnland zur Genfer Regelung der Aalands-Inseln.
Berlin, 24. Nov. Nach Meldungen, die bei der hiesigen finnischen Gesandtschaft eingetroffen sind, hat die finnische Regierung aus Anlaß des Protestes der Sowjetregierung gegen den Beschluß der Genfer Konferenz in betreff der Neutralisierung Aalands und ihrer Weigerung dieses Uebereinkommen anzunehmen, der Sowjetregierung in einer Note vom 19. November mitgeteilt, daß die Genfer Konferenz vom Bälterbund einberufen wurde und daß Finnland ein volles Recht habe, dazwischen zu willigen, daß seine Befugnisse über sein eigenes Gebiet in militärischer Beziehung begrenzt würden. Die Teilnahme Finnlands an dem Uebereinkommen könne um so weniger als feindlicher Akt gegen die Sowjetregierung betrachtet werden, als der Zweck des Uebereinkommens die Aufrechterhaltung des Friedens sei.

Die Karelier fordern Selbständigkeit und Friedensverhandlungen.
Berlin, 24. Nov. Die Karelier richteten an die russische Regierung eine Note, in der sie die Zurückziehung der russischen Truppen verlangen und die Aufnahme von Friedensverhandlungen vorschlagen unter der Bedingung, daß eine allgemeine karelistische Nationalversammlung einberufen wird, um über die Zukunft Ostkareliens zu beschließen. Auf dieser Versammlung sollen finnische und russische Vertreter berechtigt sein, den Verhandlungen beizuwohnen.

Ausland.
Die Neuwahlen in Belgien.
Brüssel, 24. Nov. (Agence Belge.) Bei den Wahlen zu den gegebenden Körperschaften gewannen die Katholiken 8 Sitze. Die Sozialisten verloren 4 Sitze. Der Besitzstand der Liberalen bleibt unverändert. Die Partei der ehemaligen Kriegsteilnehmer, die Frontpartei, die Mittelstandspartei und die Partei der nationalen Wiedergeburt verloren je einen Sitz. — Von den der Neuwahl unterliegenden 93 Sitzen im Senat erhielten die Katholiken 42, die Sozialisten 33 und die Liberalen 18.

Sumult in der französischen Kammer.
Paris, 22. Nov. In der heutigen Kammer Sitzung brachten die Kommunisten Interpellationen ein, die sich auf sofortige Freilassung der in Paris gewählten Munizipalräte Marthy und Babins beziehen. Der stellvertretende Ministerpräsident Bonnevay verlangte, daß die Beratung dieser Interpellationen erfolgen solle, wenn die vorliegende Tagesordnung erledigt sei. Dagegen sprachen Cachin und nach ihm Berthoin, der das Eingee in die Debatte zog und behauptete, daß der Präsident der Republik und die Regierung einen illegalen Krieg gegen Rußland geführt hätten. Der Kammerpräsident verlangte darauf, daß der Abgeordnete Berthoin diese für die Mitglieder der Regierung beleidigenden Worte zurücknehme. Berthoin weigerte sich und verschärfte seine Anschuldigungen noch. Auf Antrag des Kammerpräsidenten wurde die Zensur über ihn verhängt. In diesem Augenblick stimmten die Sozialisten die Internationale an. 400 bürgerliche Abgeordnete jangen die Marjellaisie, so daß der Präsident gezwungen war, die Sitzung zu schließen und die Tribünen räumen zu lassen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung befand sich der Abgeordnete Berthoin, umringt von seinen Freunden, auf seinem Platz. — Die Sitzung dauert fort.

Bayern und das Reich.
München, 23. Nov. Der Staatshaushaltsausschuß des Landtags beschäftigte sich heute mit dem Beschlusse des Untersuchungsausschusses des Reichstags, eine Kontrolle der Festungstrafanstalt Niederschönfeld vorzunehmen. Der Vorsitzende, Held, betonte, es handele sich um einen Konflikt zwischen der Auffassung des Reichstagsausschusses und des bayerischen Landtags. Er bedauere das Vorgehen des Reichstagsausschusses außerordentlich, umso mehr als die Herren wissen müßten, daß die bayerische Volksvertretung sich nicht ohne weiteres einen Einbruch in die bayerische Staatsrechtspflege gefallen lassen würde. — Ministerpräsident Graf Lerchenfeld hob die grundsätzliche Bedeutung der Angelegenheit hervor, die ihr weit über die Grenzen Bayerns hinaus zulkomme und erklärte in Feststellung des Tatbestandes, daß der Beschluß des Untersuchungsausschusses, eine Besichtigung der Anstalt Niederschönfeld vorzunehmen, in Abwesenheit und ohne die Stellungnahme der Reichsregierung mit Stimmenmehrheit gefaßt wurde. Unserem Gesandten gegenüber habe der Reichsjustizminister erklärt, daß

er durch diesen Beschluß überrascht wurde. Gleichzeitig habe er seine politischen Bedenken hervorgehoben. In Vollzug dieses Beschlusses werde nun das Reichsjustizministerium an die bayerische Regierung herantreten. Bis dahin müsse die bayerische Regierung sich ihre Stellungnahme zu den aufgerollten Rechtsfragen vorbehalten. Sollte in dieser Richtung eine Einigung über etwaige Meinungsverschiedenheiten zwischen der bayerischen Regierung und der Reichsregierung nicht zu erzielen sein, so würde hierüber der Staatsgerichtshof zu entscheiden haben. Solange habe auf alle Fälle jede Unteruchungstätigkeit des Untersuchungsausschusses in Bayern zu unterbleiben. In politischer Beziehung, erklärte der Ministerpräsident, müsse der Beschluß mit Recht von neuem eine tiefe Beunruhigung in Bayern hervorrufen und zwar umso mehr, als die Vorgänge nicht von der Hand zu weisen sei, daß er den gegenwärtigen Wählerkreisen instabiler Elemente im ganzen Reiche Vorstoß leisten werde. Er, der Ministerpräsident, habe daher auch schon am Tage vor dem Beschluß des Untersuchungsausschusses die bayerische Gesandtschaft in Berlin vorstelliglich erücht, sowohl den Reichskanzler wie den Reichsjustizminister im Auftrage der bayerischen Regierung vor einer Ausdehnung der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses auf Bayern dringend zu warnen.

Bayrischer Landtag.
Zuchthausstrafe und Todesstrafe auf Verschiebung von Lebensmitteln ins Ausland.
München, 24. Nov. Der Wirtschaftsausschuß des Landtags beschloß heute mit einem Antrag auf Einführung von schweren Zuchthausstrafen, im Rückfall auf Einführung der Todesstrafe bei Verschiebung von Lebensmitteln ins Ausland. Ein Vertreter des Justizministeriums teilte mit, daß für Verschiebung von Lebensmitteln nach dem Ausland bereits jetzt Zuchthausstrafen von 1 bis 15 Jahren und Geldstrafen von 20 000 Mark bis zu unbegrenzter Höhe, sowie Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte vorgesehen seien. In der Aussprache wurde die Einführung der Todesstrafe als nicht zweckmäßig bezeichnet. Von sozialdemokratischer Seite wurde als abschreckendes Strafmittel eine Zwangsarbeit von 10 oder mehr Jahren empfohlen.

Deutschland.
Deutsche Sachlieferungen an Süß-Awien.
Graz, 22. Nov. Die „Tagespost“ meldet aus Belgrad: Der Staatsausschuß hat das Angebot der deutschen Regierung, auf Rechnung der Kriegsentwöhnung an Serbien Eisenbahnmaterial zu liefern, zur Kenntnis genommen. Deutschland verpflichtet sich, auf Reparationskonto 100 Schnitzholz, 200 Personenzüge, 100 Güterzüge und 50 fünfmalpurige Lokomotiven, sowie 4000 Güterwagen und 2000 Personenzüge zu liefern, und zwar ein Drittel bis März 1922, das übrige in den Monaten Mai und Juni.

Die Vertreter von der internationalen Arbeitshonferenz in München.
München, 22. Nov. Eine Reihe hervorragender Vertreter der Regierungen, wirtschaftlicher Organisationen und der Presse, die an der eben beendigten internationalen Arbeitshonferenz in Genf teilgenommen haben, sind unter Führung des früheren Reichswirtschaftsminister Wissell hier eingetroffen. Sie werden eine mehrwöchige Studienreise durch Deutschland unternehmen. Die Reise erfolgt auf Einladung der deutschen Gewerkschaften, um den maßgebenden Vertretern der Öffentlichkeit des Auslandes einen Einblick in die Verhältnisse Deutschlands und den Erfüllungswillen des deutschen Volkes zu geben. Vertreter aus Brasilien, Kanada, England, Frankreich, Japan, Schweden, der Schweiz, Spanien, Südafrika und den Vereinigten Staaten von Amerika nehmen an der Reise teil.

Zu den Rindbestrebungen der Deutschen Gewerkschaften.
Berlin, 24. Nov. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Afa-Bund und Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien haben heute vormittag in einer gemeinsamen Sitzung die bekannten zehn Punkte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes besprochen. Die Aussprache ergab, daß sich die beiden sozialdemokratischen Parteien im großen und ganzen auf den Boden dieses Steuerprogramms der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen stellten und daß sie versprochen, in diesem Sinne bei der Beratung des Steuerprogramms im Reichstag mitzuwirken.

Neuwahlen zum Landtag in Braunschweig.
Braunschweig, 23. Nov. Der Landtag nahm heute einen Antrag an, die Neuwahlen zur Landesversammlung am 22. Januar 1921 stattfinden zu lassen. Für den Antrag stimmten die Bürgerlichen und die Mehrheitssozialdemokraten.

Die finanzielle Notlage der Gemeinden.
Berlin, 25. Nov. Die demokratische Fraktion des Reichstags hat eine Interpellation eingebracht, in der gefragt wird, ob der Reichsregierung bekannt ist, daß die Gemeinden völlig außerhand sind, die durch die Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter herbeigeführten Mehrlasten aufzubringen, weiter ob die Reichsregierung bereit ist, den Gemeinden schleunigst die Deckung zu diesen neuen Ausgaben zu gewähren und schließlich, ob es richtig ist, daß die Reichsregierung beabsichtigt, eine Kontrolle der Gemeindefinanzen durch die Landesregierungen herbeizuführen.

Landtag, ...
Grosche ...
Berlin, ...
vollständig ...
Altertum ...

Die Mitte ...
Seit dem die ...
verfugung a ...
über ihren ...
Bollwirtschaft ...
zugefügt wor ...
Krautheit a ...
Kraut nach b ...
laut. Demge ...
darauf hinge ...
in nennensw ...
kann. Dies ...
suchen der le ...
baon, daß e ...
junerer Wäld ...
res Waldbest ...
der größere ...
demittelten ...
gehendler W ...
schon dadurch ...
Freistreibere ...
hinaus sollte ...
Kreuzholz zu ...
gen Preisen ...
sollten im Ab ...
Reise abgebe ...

Bargeld
Nach eine ...
triebmittel ...
dets zu ve ...
Geld oder ei ...
handreit ein ...
wirtschaftlich ...
und toten Tr ...
mit dem gen ...
Zweifelhaft ...
insbesondere ...
handeln sei ...
bejahendem ...
dem eine so ...
lationsbehei ...
artige Gelder ...
wirtschaftung ...

Wahl de
Durch ein ...
für den Bes ...
rung des Be ...
nehmer gelte ...
lender Jahren ...
schäftlichen ...

Zum A
Rh. Zum ...
Ridhenge an ...
auf die Bed ...
gangenheit / ...
Kauf im Ge ...
nützlichen ...
Stellung ein ...
zusammen, d ...
damaligen Z ...
auch darauf ...
Kriegs in der ...
borangt in ...
allerhöchste ...
genoh. Die ...
dienstlichen ...
der Stadt u ...
Kantor und ...
der Stadt m ...
gegen. Auch ...
Angestellte d ...
die es übera ...
für die Kirch ...
t Stunde vor ...
olle. Orgel ...
halten, ebenj ...
Ausgestaltung ...
Orchestermus ...
Handel an,

erde. Gleichzeitig habe
ben. In Wollzug dieses
Ministerium an die bayeri-
sche münchener Regierung
aufgefordert, die bayerische
Nichtung eine Einigung
zwischen der bayerischen
nicht zu erzielen sein,
zu entscheiden haben.
Terminaständigkeit des
unterbleiben. In polnische
Präsident, müsse der Be-
einträchtigung in Bayern
die Beorgnis nicht von
entwärtigen Wählerkreisen
Reiche Vorbehalt leisten
daher auch schon an
Sachverständigen die bayeri-
sche Verfassung, sowohl der
in der im Auftrage der
nung der Tätigkeit des
ngend zu warnen.
Beiprehung des Staats-
ndtags über den Ver-
lich der Kontrolle der
eid erklärt der Vor-
stehende auf dem Stand-
schichten auf das schwerste
gehe, so sei die über-
mung, daß der Beschluß
nacer Verfassung keine
ng.
ebung von Lebensmitteln
schuß des Bankrotts be-
Einführung von Schonen
ung der Todesstrafe bei
and. Ein Vertreter des
chreibung von Lebensmit-
ausstrafen von 1 bis 15
is zu unbegrenzter Höhe,
vorgesehen seien. In
er Todesstrafe als nicht
stischer Seite wurde ab-
belt von 10 oder mehr.

Geländung einer A.-G. Main-Donau-Stromverband.

München, 22. Nov. Wie im Staatshaushaltsausch. des
Landtags mitgeteilt wurde, wird nächsten Montag die Grün-
dung der Aktiengesellschaft Main-Donau-Stromverband erfol-
gen. Das Reich soll daran mit 45 Prozent und Bayern mit
55 Prozent des Aktienkapitals beteiligt sein. Ausgegeben wer-
den voraussichtlich 600 Millionen Mark in Stamm- und 600
Millionen Mark in Vorzugsaktien, sowie 300 Millionen Mark
in Obligationen. Es ist auch mit einer recht lebhaften Beteilig-
ung der interessierten Körperschaften zu rechnen.

Großfeuer in der Landesbibliothek v. Lippe-Deimold.

Berlin, 23. Nov. Laut „B. Z. am Mittag“ ist das Gebäude
der Lippe'schen Landesbibliothek bei der gestrigen Feuersbrunst
vollständig niedergebrannt. Gleichzeitig wurden auch das
Altertumsmuseum und die Steinammlungen vernichtet.

Aus Stadt und Land. Calw, den 25. November 1921.

Zur Brennholzversorgung.

Die Mitteilungen des Württ. Waldbesitzerverbands schreiben:
Seit dem die Brennholzbewirtschaftung und auch die Holzstands-
versorgung aufgehoben ist und die Waldbesitzer vollkommen frei
über ihren Brennholzbedarf verfügen können, sind in unserem
Brennholzwirtschaftsgebiet weitere schwere Verluste (Oberschlesien)
zugefügt worden. Diese machen sich schon in einer gewissen
Knappheit an Brennstoffen bemerkbar, und die wohlbestimmten
Käufe nach besserer Brennholzversorgung werden bereits wieder
laut. Demgegenüber kann nicht oft und eindringlich genug
darauf hingewiesen werden, daß der Brennstoff Kohle niemals
in nennenswertem Umfang durch Brennstoff Holz ersetzt werden
kann. Dies hat unsere Industrie mit ihren wiederholten Ver-
suchen der letzten Jahre zur Genüge erfahren. Ganz abgesehen
davon, daß eine länger dauernde zwangsweise Heranziehung
unserer Wälder zur Brennholzversorgung der Vernichtung unse-
res Waldbestandes gleichkäme. Dennoch erscheint es geboten, daß
der größere Waldbesitz wie bisher zur Versorgung der minder-
bemittelten Schichten der Bevölkerung mit Brennholz in weit-
gehender Weise beizutragen hilft. Dieses Ziel wird vielfach
schon dadurch erreicht, daß bei den öffentlichen Versteigerungen
Freistreibereien nach Möglichkeit verhindert werden. Darüber
hinaus sollten den umliegenden Gemeinden gewisse Mengen
Brennholz zur Verteilung an minderbemittelte Kreise zu mög-
lichen Preisen zur Verfügung gestellt werden. Alle Waldbesitzer
sollten im Laufe der kommenden Heizzeit Brennholz auf diese
Weise abgeben.

Vergeld bei landwirtschaftlichen Grundstücken.

Nach einem Entscheid des Reichsfinanzhofs sind bare Be-
triebsmittel bei landwirtschaftlichen Grundstücken nicht beson-
ders zu veranschlagen. Zum Kapitalvermögen gehört bares
Geld oder ein Bankguthaben nur dann, wenn beides nicht Be-
standteil eines Grund- oder Betriebsvermögens ist. Ein land-
wirtschaftlich genutztes Grundstück bildet mit seinem lebenden
und toten Inventar eine wirtschaftliche Einheit, die je nachdem
mit dem gemeinen oder dem Ertragswert zu veranschlagen ist.
Zweifelhaft könnte sein, ob auch das flüssige Betriebskapital,
insbesondere Vergeld und Bankguthaben, in dieser Weise zu be-
handeln sei. Der Reichsfinanzhof hat sich zu dieser Frage in
beispielsweise ausgesprochen und daher in einem Fall, in
dem eine solches Bankkonto nicht angegeben war, den Konfi-
sationsbescheid aufgehoben. Ein Landwirt braucht daher Ver-
rentliche Gelder oder Bankguthaben, soweit sie zur normalen Be-
wirtschaftung erforderlich sind, nicht besonders zu deklarieren.

Wahl der Betriebsräte in der Forstwirtschaft.

Durch eine Verfügung des Württ. Finanzministeriums würde
für den Geschäftskreis der Staatsforstverwaltung die Ausfüh-
rung des Betriebsrätegesetzes angeordnet. Als ständige Arbeit-
nehmer gelten solche, die in den zwei vorausgegangenen Kal-
enderjahren jährlich wenigstens 100 Tage in einem forstwirt-
schaftlichen Betriebe beschäftigt waren. Die Betriebe der ein-

zelnen Forstämter gelten je als besonderer Betrieb. Die Wahlen
zum Betriebsrat haben künftig alljährlich im Herbst statt-
zufinden.

Landtag.

Beantwortungen kleiner Anfragen.

Auf die Kleine Anfrage des Abg. Dr. Füllst (B.P.)
über die Sonntagsfahrkarten wurde von der Regierung
Landtag erklärt: Die Württ. Regierung hat das Reichsver-
kehrsministerium früher schon darauf hingewiesen, daß die Be-
schränkung der Sonntagsfahrkarten zu ermäßigten Preisen auf
einige wenige Städte die übrige Bevölkerung benachteilige.
Wenn auch zugegeben sei, daß die Bevölkerung der großen
Städte das Bedürfnis habe, sich an Sonntagen in der freien
Natur zu erholen und gezwungen sei, hierzu die Eisenbahn zu
benützen, so stehe doch gar keine Gewähr dafür, daß die Son-
tagsfahrkarten auch zu diesem Zwecke benötigt werden und zudem
sei die Vergünstigung inzwischen auch auf Städte in- und außer-
halb Württembergs ausgebeht worden, bei denen dieses Be-
dürfnis nicht anerkannt werden könne. Das Reichsverkehrsmini-
sterium wurde daher um baldige Beseitigung des gegenwärtigen
unhaltbaren Zustandes ersucht.

Zur Kleinen Anfrage des Abg. Spieß (D.B.) er-
klärte Minister Reil: Ueber die Einfuhr von Voral-
berger Rugschaf nach Württemberg sind zwischen
dem Ernährungsministerium und der Voralberger Landes-
regierung keine Vereinbarungen getroffen worden. In einer
Ende August ds. Js. mit einer Abordnung der Voralberger
Landesregierung in einer anderen Sache stattgefundenen Ver-
sprechung hat die Abordnung erklärt, daß Voralberg in der
Lage sei, Rugschaf und Zuchtvieh nach Württemberg auszuführen.
Vom Ministerium wurde darauf hingewiesen, daß die Einfuhr
von Rugschaf und Zuchtvieh in Deutschland und damit auch nach
Württemberg unter der Voraussetzung der Einhaltung der
seuchenpolizeilichen Vorschriften auf keine Schwierigkeiten stoßen
werde und daß es Sache der landwirtschaftl. Organisationen sei,
die Landwirte von dem Angebot in Kenntnis zu setzen. Da
von Voralberger Seite großer Wert darauf gelegt wurde, die
Viehinfuhr im Benehmen mit einer zentralen württ. Stelle
zu betätigen, einigten sich die Landwirtschaftskammer und der
Württ. Viehverwertungsverband, die bei der Besprechung ver-
treten waren, dahin, daß der Viehverwertungsverband sich zur
Vermittlung der Einfuhr zur Verfügung stellen solle. In wel-
cher Form die genannten landwirtschaftl. Organisationen das
Angebot der Voralberger Landesregierung den württ. Land-
wirten zugänglich gemacht haben, entzieht sich meiner Kenntnis.

Zum Reichsverordnungsgesetz.

Der Abg. Hartmann von der Deutschen Volkspartei hat
an die Staatsregierung folgende Kleine Anfrage gericht-
et: Die zunehmende Geldentwertung und das Hand in Hand
mit ihr gehende außerordentliche Anschwellen der Teuerung
haben die wirtschaftliche Lage der Kriegsooper ungemein ver-
schlechtert. Die Not in diesen Kreisen ist auf das Höchste ge-
stiegen. Die Reichsregierung hat sich bisher geweigert, in eine
sofortige Abänderung des Reichsverordnungsgesetzes einzuwilligen,
obgleich sie selbst eingeräumt hat, daß dieses Gesetz eine
ganze Reihe von Härten und Unbilligkeiten enthält. Sie hat
des weiteren bisher nur völlig ungenügende Teuerungszulagen
zu den Grundrenten gewährt, die ihrerseits den derzeitigen wirt-
schaftlichen Verhältnissen keineswegs mehr entsprechen. Zudem
kommen diese Zuschläge nur einem beschränkten Personenkreis,
innerhalb der Kriegsooper zugute, vor allem auch infolge des
langsamem Fortgangs der Verwaltungsarbeiten. Ist das Staats-
ministerium bereit, bei der Reichsregierung dafür einzutreten,
daß diese sich mit der sofortigen Abänderung des RVG. einver-
standen erklärt, und daß bis zum Inkrafttreten des neuen Ge-
setzes durch Gewährung ausreichender Teuerungszulagen die
Lage der Kriegsooperbeschädigten und der Kriegshinterbliebenen ver-
bessert wird?

Mitmaßliches Wetter am Samstag und Sonntag.

Die Luftdruckverteilung ist unverändert. Am Samstag und
Sonntag ist noch vorwiegend trockenes, zeitweilig bedecktes, kaltes
Wetter zu erwarten.

(S. 8) Ufm, 23. Nov. Bekanntlich soll bei der Renovierung
des Berliner Kaisertheaters dort auch ein Cintrapruch
aus der Stadt Ufm untergebracht werden. Die Stadt hat
einen Wettbewerb zur Ausarbeitung von originellen Sinnprü-
chen ausgeschrieben und veröffentlicht nun drei Arbeiten, deren
Verfasser nicht genannt sind. Der Sinnpruch, der im Berliner
Kaisertheater angebracht werden soll, lautet:

Kredenz, fründliche Schwester im Norden,
Kom Deutschen Wein die besten Sorten!
Genieße, Gaß, des Weines Liebligkeit,
Mit echter Ulmer Argemütlichkeit,
Tann fällt Dir vom idyllischen Sonnenschein
Der köstlichste Strahl ins Herz hinein.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar steht nach einer Meldung der frankfurter Zeit-
ung von heute früh auf 283.50 Reichsmark.

Einführung von Reichsbanknoten.

Berlin, 24. Nov. Die Reichsbanknoten zu 50 Mark vom 1. 11.
1918 (ähnlich an dem Oval auf der Vorderseite und an der hell-
braunen Farbe — sogenannte Silberrahmen-Note —) sollten von
den Reichsbankstellen bis zum 31. Januar 1921 und von der Reichs-
bankhauptkassa in Berlin noch bis zum 31. Juli 1921 eingedöst wer-
den. Trotzdem die Reichsbank seit letzterem Tage zur Einführung
dieser Banknoten in keiner Beziehung mehr verpflichtet ist, hat sie
doch noch in besonderen Ausnahmefällen, in denen die Unmöglichkeit
einer rechtzeitigen Vorlegung der Noten — wie z. B. in Geschäfts-
angelegenheiten — nachgewiesen wurde, einen Umlauf dieser ver-
fallenen 50 Mark-Noten bei ihrer Berliner Hauptkassa vorgenom-
men. Sie macht nunmehr darauf aufmerksam, daß auf eine Fort-
setzung dieses Entgegenkommens über den 31. Dezember 1921 hinaus
nicht zu rechnen sein dürfte, und empfiehlt dringend, die Geldbestände
sorgfältig nachzuprüfen und etwa noch vorhandene 50 Mark-Noten
genannter Art unverzüglich der Reichsbankhauptkassa in Berlin unter
Nachweisung der Unmöglichkeit einer rechtzeitigen Vorlegung zum
Umlauf einzureichen.

Vom Holzmarkt.

Die allgemeine Lage auf dem Holzmarkt wird in den Mit-
teilungen des Württ. Waldbesitzerverbandes gekennzeichnet durch
eine gewisse, der Jahreszeit entsprechenden Stille. Die letzten
Reise der aus den Sommerfällungen stammenden Hölzer sind
vollends rasch vom Markt verschlungen worden. Da und dort
tauchen vereinzelt kleinere Posten neuen Holzes auf, nach denen
die Käuferschaft mit großem Begehrt Umjchau hält. Diese wird
sich aber noch gebulden müssen, da der Waldbesitz jetzt erst daran
ist, seine jährlichen Hauptfällungen einzuleiten. Wenn nicht alles
trügt, tritt diesmal die Holzwirtschaft mit besseren Vorzeichen
in die neue Heiz- und Verkaufszeit ein als im vergangenen
Jahr. Eine gewisse nicht zu verkennende Bautätigkeit des zu-
rückliegenden Sommers, noch mehr aber die neue Ausfuhrkon-
junktur hat die Schnittwarenlager rasch geleert und zwingt die
Sägewerke zu baldiger Auffüllung der Rundholzbestände. Dabe
scheint allerdings die Nachfrage bei den einzelnen Holzarten
und Sortimenten sich verschieden zu gestalten; außer für Buchen-
ist das Interesse beim Laubstammholz im allgemeinen immer
noch gering. Dagegen herrscht beim Nadelholz nach allen Sor-
timenten reger Begehrt. Auch beim Papierholz hat sich Nach-
frage angedeutet, nur werden hier im Vergleich zum Stamm-
holz wesentlich niedrigere Preise genannt. Was diese im all-
gemeinen anlangt, so haben sie in rascher Folge und fast unver-
mittelt eine Angleichung an die neue durch den Sturz der Markt-
geschaffene Lage erfahren und sind damit zu einer Höhe an-
gestiegen, wie sie vor kurzem niemand zu nennen sich getraut
hätte. Im Gegensatz zu der bereits wieder ausgebreiteten Dar-
stellung, daß in erster Linie die großen Preissteigerungen am
Nadelstammholzmarkt die Preisbildung am Breitermarkt be-
dingen, muß festgestellt werden, daß die neuesten Preise für
Nadelstammholz ausschließlich im freien Wettbewerb der Käu-
fer bei öffentlichen Verkäufen entstanden sind.

Zum Kirchenkonzert am 2. Advent.

Rh. Zum besseren Verständnis der im nächsten Konzert des
Kirchengeangs angeordneten Werke sei mit kurzen Worten
auf die Bedeutung der Kantate im kirchlichen Leben der Ver-
gangenheit hingewiesen. Unstreitbare Tatsache ist, daß die
Musik im Gottesdienst im 18. Jahrhundert, also zu einer Zeit
wäsltliche Tiefstands Deutschlands, eine unergleichbar höhere
Stellung einnahm, als heutzutage. Das hängt einmal damit
zusammen, daß Religion und Kirche im bürgerlichen Leben der
damaligen Zeit viel höhere Bedeutung hatte, gründet sich aber
auch darauf, daß sich die Musik, durch die Klöster des 17. Jahrhunderts
Kriegs in der Ausübung an den Höfen und in den Bürgerstuben
bevorzugt in den Schoß der Kirche gekleidet hatte, wo sie bald
allerhöchstes Ansehen, besonders in der protestantischen Kirche
genoss. Die Kirchenmusik war nicht nur ein Teil des gottes-
dienstlichen Kultes, sondern gehörte zum Ansehen und Ruhm
der Stadt und Bürgererschaft. Als 1663 Hamburg einen neuen
Kantor und Musikdirektor erhielt, führen ihm die Bornehmsten
der Stadt mit 6 Kutschen bis Bergedorf zwei Meilen weit ent-
gegen. Auch die ausführenden Musiker waren in der Mehrzahl
Angestellte der Stadt, nicht der Kirche, und die Stadtpfeifer,
die es überall gab, waren in erster Linie die Orchestermusiker
für die Kirchenmusik. Neben der zur damaligen Zeit genau auf
1 Stunde vorgeschriebenen Predigt spielte die Musik die Haupt-
rolle. Orgelvor- und nachspiel hat sich bis in unsere Zeit er-
halten, ebenso der Gemeindegefang, dagegen ist die sonstige reiche
Ausgestaltung schier ganz verschwunden. Und besonders die
Orchestermusik im Gottesdienst mutet heute als ein fremder Be-
standteil an, während unsere Urkamen Vormittagsstücke ohne

Chor- und Orchestermusik sich gar nicht vorstellen konnten. Auf
diesem der Musik überaus günstigen Boden hatte sich die Kan-
tate im Lauf des 17. Jahrhunderts entwickelt, ein Tonstück mit
Gesang und Orchester, teils vor der Predigt, teils in 2 Abschnit-
ten vor und nach ihr aufgeführt. Selbstverständlich für die da-
malige Zeit war es, daß jeden Sonntag, so gut als der Pfarrer
keine besondere Predigt machte, auch der Kantor sein eigene
Kantate auf den Sonntag schrieb und auführte. Je nachdem
er Mittel zum Musizieren zur Verfügung hatte, sei es an In-
strumentals- oder Gesangsstimmen, richtete er auch seine Kantate
ein, sei es für eine oder mehr Einzelstimmen, mit oder ohne
Chor, mit einfacherer oder reicherer Besetzung im Orchester. Auf
welcher hoher technischer Stufe mögen damals die Chorjünger
(lauter Schüler!) gestanden sein, wenn es möglich war, die
komplizierte und nach unseren Begriffen überaus schwierige Mu-
sik der damaligen Zeit eigentlich vom Blatt zu singen und zu
spielen. So wurde in allen Städten, die halbwegs eine Be-
deutung hatten, eifrig musiziert. Auch in der Stadt Calw war
bald nach den Zerstörungen vom 30jährigen Krieg schon unter
dem Einfluß des kunstverständigen J. B. Andreae die Kirchen-
musik in schönster Blüte, als die Musik der Stuttgarter Stifts-
kirche noch schwer carniederlag. Aber das meiste dieser all-
sonntäglichen Musik war doch nur Handwerkskunst, und soviele
1000 Kantaten aus uns gekommen sind, verhältnismäßig nur
wenige haben den Staus der Zeit überdauert und sind heute
noch genießbar. Nur das Genie schafft zeitlos und überwindet
den Ungehörigkeit des Tages. Einer dieser wenigen für alle Zei-
ten unserer Kultur schaffenden Künstler J. S. Bach's ganze
Kantatenjahrgänge von ihm sind bei seinem Tod vorhanden ge-
wesen, nur etwa 200 Kantaten auf unsere Zeit gekommen. Das
waren alles Werke nicht etwa freier Schöpfung, sondern auf

Grund dienstlicher Bestellung angefertigt. Aber trotzdem hat es
das Genie zuwege gebracht, in diese Werke eine solche Fülle von
musikalischen Gedanken, mühelos in kunstvolle Form gebracht,
zu gießen, Gedanken, die aus den tiefsten Tiefen der Religion
heraufgeholt sind, daß man von dieser Musik nicht mehr los-
kommt, wenn man sie sich einmal zu eigen gemacht hat. Bach
ist groß in allen seinen Werken, in Klavier und Orgel, in Kam-
mermusik und in Instrumentalwerken, aber seine bedeutendsten
Offenbarungen hat er uns in den Kantaten hinterlassen. Der
kirchliche Text des Sonntags bot ihm Anlaß zu einer musikalischen
Predigt, die uns heute noch das selbe oder mehr zu sagen
vermag, wie unsern Vorektern vor 200 Jahren. Gewiß mögen
manche Schwierigkeiten dem Verständnis der Bach'schen Werke
entgegenstehen, das Ungewohnte der Tonsprache, der teilweise
außer Übung geratenen Instrumente, wie auch der oft nach
heutigen Begriffen geschmacklose und traurige Text; bei näherer
Kenntnis aber fallen alle diese Schranken ab, und es bleibt nur
übrig der köstliche Kern tiefer religiöser Kunst. Es mag auch
zugegeben werden, daß die Kantate ihren eigentlichen Platz
entsprechend ihrer geschichtlichen Entwicklung im Gottesdienst,
nicht im Konzert hat. Aber da sich dieses Ideal unter den heu-
tigen Zeitverhältnissen nicht verwirklichen läßt, wäre es ein Un-
recht, diese Schätze unberührt zu lassen, die 2 Jahrhunderte lang
verkauft nur in den Musikbibliotheken verborgen lagen. Man
darf wohl sagen, daß kaum irgend eine andere Musik für das
heutige Zeitempfinden ansprechender und moderner klingt, als
die Bach'schen Kantaten. Den einzelnen am 2. Advent hier in
Calw zum ersten Mal erklingenden Kantaten seien nächster
Tage noch einige wenige Worte zur Einführung gewidmet.

Ein Kares Bild einer einheitlichen Preisgestaltung auf dem Holzmarkt läßt sich noch nicht erkennen. Während beim Nadelstammholz im Oktober sich ein Gesamtdurchschnittserlös für Fichten und Tannen von etwa 200 Proz. für Forchen und Lärchen von etwa 230 Prozent ergab, deuten die neuesten Berichte des November laut Mitteilung des Waldbesitzerverbandes auf einen Erlösrückgang von etwa 290-320 Proz. der neuen Lagen. Dabei nähern sich die Erlöse aus Oberschwaben dem unteren Rahmenpreis, während sie aus dem Schwarzwald den oberen Rahmen zum Teil übersteigen. Bei den übrigen Holzarten und Sortimenten sind die Schwankungen derart, daß man von einem einheitlichen Marktpreis kaum sprechen kann.

Änderung des Viehschutzes.

Ein vom Staatsministerium dieser Tage behandeltes Gesetzentwurf zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Viehschutzgesetz, der dem Landtag demnächst vorgelegt werden soll, bezweckt die Ausdehnung der Gewährung von Entschädigungen auf Verluste, die ein Tierbesitzer infolge der Kopfkrankheit (schleichender Gehirnrückenmarksentzündung) bei Pferden und infolge der Maul- und Klauenseuche bei Ziegen erleidet.

Kartoffelpflanze.

Feuchte Kartoffeln in den Mieten sind mit Stroh und darauf mit Erde zu bedecken, so daß sie mehrere Grad Frost ohne Schaden aushalten können. Es muß soviel Erde darauf gelegt werden, daß die Früchte auch bei stärkerem Regen nicht naß werden. Denn nasses Stroh schützt nicht mehr gegen Kälte und die in den Mieten durchgeregneten Kartoffeln sind in größter Gefahr, zu verfaulen oder zu erfrieren. Feuchte oder nasse Kartoffeln haben das Bestreben, einen gewissen Saft des überflüssigen Wassers durch Wärme abzugeben, sie schwinden. Werden die Knollen bei der Ernte oder gar in der Miete naß, so wird das Schwinden natürlich länger und stärker anhalten; dann kann die Wärme in der Miete 12-15 Grad C. betragen. Wird sie noch höher, dann ist durch Abdecken oder Umarbeiten die notwendige Abkühlung herbeizuführen. Haben die Kartoffeln indes nur eine Wärme von 12, 10 oder 8 Grad C., dann können sie ohne Sorge wintermäßig zugedeckt und in den Mieten so lange gehalten werden, als die Wärme des Raumes 12 Grad C. nicht

übersteigt; bei höherer Wärme ist rechtzeitig ans Abkühlen oder Verbrauchen zu denken, wenn sie nicht leimen oder gar faulen sollen.

Die deutsche Weinernte 1921.

Der Traubenbehang gelangte im Jahre 1921 zur Vollreife und zeichnete sich durch hohe Süßigkeit aus. Die Mostgewichte erklommen hohe Zahlen. Das Gesamtmengeergebnis kann als schwache halbe Ernte angesprochen werden, mit rund über 2 Millionen Hektoliter. Die Preise erreichten unter dem Einfluß der schlechten Valuta und ausländischer preistreibender Käufer nie dagewesene Höhe. In Rheinhessen wurden ein halber Portugieser und ein schwacher halber Weißherbst eingebracht. Für Portugieser wurden im Zentner 150-200-300 M. per Aische (64 Liter), Ralsche 180-300 M., für Frühburgunder bis 320 M. und darüber bewilligt. Neue Portugiesermoste stehen heute auf 9000-12000 M., Weißmoste auf 12000-20000 M. die 1200 Liter. An der Nahe stellte sich der Mengeertrag im Weißgewächse auf eine halbe Ernte. Bezahlt wurden pro Viertel (8 Liter) Ralsche 75-150 M. und darüber. Heute kosten 1921er Weißweine bis 20000 M. und mehr die 1200 Liter. Im Rheingau blieb der Ertrag etwa unter Mittel. Es wurden bei Weißtrauben 700-1000 M. im Zentner angelegt. Die Winger sind im Verkauf zurückhaltend; bei einzelnen Versteigerungen ergielten 200 Liter Ralsche bis 6100 M. Am Mittelrhein, wo der Ertrag infolge der Frostschäden sehr unterschiedlich ausfiel, wurden Trauben im Zentner zu 380-700 M. abgesetzt. Für 1921er Wein wurden bis 20000 M. im Zuber (1000 Liter) erkauft. An der Ahr wurden bei einem Drittel bis Viertelherbst für Rottrauben bis 720 M. und darüber bezahlt. An der Mosel und Saar wurden bei einem guten halben Herbst für Rieslingtrauben 420-500 M. im Zentner notiert. Neue Weine wurden bis 10000-25000 M. im Zuber (960 Liter) gehandelt. In der Rheinpfalz fiel die Menge in Portugiesern sehr klein, in Weißtrauben zwischen Viertel und halber Ernte aus. Portugieser kosteten pro Logel (40 Liter) 150-300 M. Weißmoste von 200-1500 M. Heute werden 1921er Portugieserweine zu 7000 bis 14000 M., Weißweine zu 11500 bis 30000 M. die 1000 Liter abgegeben. In Franken wurde bei verhältnismäßig kleinem Ertrag 850-2500-4000-5000 M. für die

100 Liter Most bewilligt. Baden brachte einen Viertel bis einen Drittel bis einen Halben Herbst ein. Weißmost wurden zu 650-2000 M., auf Versteigerungen bis über 4000 M. die 100 Liter abgesetzt, Rotmost zu 800-1800 M. In Württemberg wurde bei schwachem halbem Ertrag der Eimer (300 Liter) von 2500 bis 4000 M. verkauft, bei Versteigerungen stiegen 100 Liter bis über 6000 M.

Obst- und Weinernte.

(SGB.) Reutlingen, 20. Nov. Oberbürgermeister Hepp gab in der letzten Gemeinderatsitzung die Schätzungsergebnisse der diesjährigen Obst- und Weinernte auf der Markung Reutlingen-Behingen wie folgt bekannt: Apfelbäume 76 000, Ertrag 8000 Ztr., Durchschnittspreis per Zentner 119 M., zusammen 950 000 Mark; Birnen 19 000 Bäume, Ertrag 3000 Zentner, Durchschnittspreis 153 M., zusammen 460 000 M.; Pfäumen und Zwetschgen 20 000 Bäume, Ertrag 200 Ztr., Durchschnittspreis 200 M., zusammen 40 000 M.; Kirschen 6000 Bäume, Ertrag 0; macht zusammen einen Gesamtertrag von 1 450 000 M. Der Weinertrag ist geschätzt auf 1500 Hektoliter, sodas sich bei einer im Ertrag stehenden Fläche von 64 Hektar ein Durchschnittsertrag von 23,44 Hektoliter auf den Hektar ergibt. In der Kelter verläuft wurden rund 1300 Hektoliter, was bei einem Höchstpreis von 1064, einem Mittelpreis von 1032 und einem Mindestpreis von 1000 M. einen Gesamterlös von 1 370 000 Mark ergibt.

Kirchliche Nachrichten.

Katholischer Gottesdienst.

1. Adventsonntag 8 Uhr Frühmesse, 10 Uhr Predigt, Amt und Christenlehre, 2 Uhr Andacht; Montag 8 Uhr Gottesdienst in Liebenzell, Dienstag 18 Uhr Novate. Gottesdienste der Methodistengemeinde. Sonntag, 27. Nov. Vorm. 10 Uhr Predigt Pfarrer, vorm. 11 Uhr Sonntagsschule, abends 5 Uhr Predigt Pfarrer. Mittwoch 8 Uhr Bibelstunde Vögele. — Stammheim: Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, nachm. 1/2 Uhr Predigt Pfarrer. Mittwoch 8 Uhr Bibel-Gebetsstunde.

Druck und Verlag der A. Celschläger'schen Buchdruckerei, Calw. Für die Schriftleitung verantwortlich J. W. B. Rudolph, Calw.

Calw, den 24. November 1921.
Statt jeder besonderen Anzeige!
Todes-Anzeige.

+

Tiefbetrübt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten mit, daß mein lieber Mann, un-er-trenn-licher Vater und Schwieger-vater, Bruder, Schwager und Onkel

Theodor Jung
Oberpostsekretär

heute abend 6 Uhr nach lg. Schw. im Leiden im 62. Lebensjahr sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familien Jung-Pfau.

Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 3 Uhr vom Marktplatz 49 aus statt.

Vergebung von Bauarbeiten.

Zur Erbauung eines Wohngebäudes in Nagold sind die **Grab-, Betonier- und Maurerarbeiten** nach dem Preislistenverfahren auf Grund der Bestimmungen über die Vergabung von Arbeiten und Lieferungen Reg.-Blatt 1912 Seite 37 zu vergeben. Die Vergabungsumlagen liegen auf der Eisenbahnbaupolizei zur Einsichtnahme auf. Auszüge aus dem Kostenvoranschlag werden zum Selbstkostenpreis abgegeben.

Angebote sind mit entsprechender Aufschrift bis zum 6. Dezember 1921, vormittags 10 Uhr hierher einzureichen, worauf auf dieser Zeitpunkt die Eröffnung stattfindet, der die Bieter anwesend kommen. Inauguststr. 14 Tage.

Calw, den 22. November 1921.
Eisenbahnbaupolizei.

1 Waggon
la. Weizenkleie
heute eingetroffen
Adolf Luz.

Feldverpachtung

auf dem Mühlberg circa 1 Morgen wovon etwa die Hälfte mit Eper das erntet angepflanzt. Auskunft erteilt Feldweg 5a. Ankauf am Samstag mittag 1 Uhr im „Schiff“ in Calw.

Man überlege,
ob sich **Christen** über den Wert oder Unwert der **christlich. Konfessionschule** von einem **jüdischen** Redner belehren lassen können, der die christliche Religion nicht kennt, also nicht schätzt, sondern nur **bekämpft?**

Den Ortsgruppen des **Ev. Volksbundes** zur Mitteilung, daß die Lichtbilder,erie Paul Gerhard, für eine kirchliche Feier geeignet, am 7. Dezember nach Calw kommt. Sollten andere Ortsgruppen die Bilder in dieser Zeit noch wünschen, so bitte ich um rasche Bestellung bei der Landesgeschäftsstelle des Ev. Volksbundes Stuttgart, Ludw.-merstr. 16, wo auch ausführliche Programme zu haben sind.

Der Bezirksvorsitzende: Stadtpf. Sandberger.

Landwirt. Bezirksverein Calw

Wir empfehlen:
Leinkuchennmehl, Kepschennmehl, Gerstenkleie — Ralsalz.

Abgabe Mittwoch und Samstag in unserem Lagerhaus.

Geschäftsführer: Knecht.
Fernsprecher Nr. 96.

Kamerjäger Diekmann

(staatlich konzess.) Alter Fachmann, ist gegenwärtig in Calw u. Umgegend u. vertilgt radikal unter einjähriger jährlicher Garantie Platten, Wanen, auch bei gefüllten Speichern, Speichern, Leuzen, Schwaben usw. nach ausweideter Spezial-Weißhölde, Ertrag bereits erheblich innerhalb weniger Wochen. Bestellungen erbitte sofort an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Fahrpläne
für den Bezirk Calw
erhältlich das Stück zu 80 Pfg. in der Geschäftsstelle ds. Blattes.

Mädchen,
welches daheim schlafen kann,
für so,ort über
Mittag gesucht.
Frau Lacher.

Kaffee
in bekannt guter
Mischung.

roh und jede
Woche frisch
gebraunt

empfiehlt
C. Serva
Fernsprech-Nr. 120.

Zu verkaufen
ist eine gut erhaltene
**Schrot-
Mühle.**
Althengstett,
Hauptstr. 50.

Unterhaugstett.
Eine junge, schwere
Schaff-
Ruh
samt Kalb,
unter 4 die Wahl, verkauft
Chr. Houff, z. Schwane.

Warum kämpfen wir für die Einheitschule?

Ueber dieses Thema spricht am Freitag, den 25. November, abends 8 Uhr, im Saal des „Bad. Ho.“ der früh. Kultusminister **B. Heymann.**

Hierzu sind die wahlberechtigten Männer und Frauen von Stadt und Land freundlichst eingeladen.

Freie Diskussion. **Sozialdemokrat. Partei.**

Ein bereits neues, leichtes
Mehgerwägele,
sowie einige 4 Räderige
**Spazier-Schlitten,
Davofer und
Berg Schlitten**
empfehlen
Georg Urfig, Wagner-
meister, Bad Teinach.

Einem wachsamem
Binscher
(Milch), schwarz-braun hat
zu verkaufen.
R. Dörfling, Calw,
Bahnhofstr.

2 Ziegen
sehr wegen Futter-
mangel spottbillig dem Ver-
kauf aus.

C. Rothfuß, Hirsau.

Lännerschweine.
zusammen
ca. 80 Pfd.
schwer
verkauft
Georg Volz.

Unterhaugstett.
Zu verkaufen 1 erstkl.
14 Monate alter Kotschwe-

Zuchtarten
unter 2 die
Wahl, so-
wie ein gut-
erhaltener
Leiter-Wagen.
Jakob Schüniger,
Farrengaller.

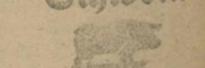
Schöne Geschenke sind
Haar-Uhrketten
zu niedrigen Preisen
erhältlich bei
**J. Obermatt, Seifen-
betriebe, Calw.**

Dixie



Junge Hase
kauft
Hirsau, Haus Nr. 138.

**Ein Läufer-
Schwein**



zum An bewahren
von Möbeln
unmöbliert. Zimmer
für Anfang 1922 geu. 51
Angebote um. Nr. 274
an die Geschäftsstelle ds. Bl.